

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 1/2014

# Glück auf!

## Was bringt die Zukunft?

2014 auf dem Prüfstand: Neue Gesetze, große Wahlen, mehr Transparenz

PRO-GE

# Inhalt:



## 2014 AUS ARBEITNEHMERINNENSICHT

Was bringt das neue Jahr? Die „Glück auf!“ bietet einen Überblick zu arbeits- und sozialrechtlichen Neuerungen sowie eine Vorschau auf die AK-Wahlen und stellt den neuen Sozial- und Weiterbildungsfonds für LeiharbeiterInnen vor. Plus: Das Regierungsabkommen auf dem Prüfstand.

Seiten 4 bis 12

## ARBEITSZEITVERKÜRZUNG GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Universitätsprofessor Jörg Flecker über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch bessere Verteilung der Arbeitszeit. Warum der Arbeitsmarkt in Österreich flexibel genug ist und wie man Menschen länger in Beschäftigung halten kann.

Seiten 10 bis 11

## IN MEMORIAM JOSEF STARIBACHER

Gewerkschaftspionier, Widerstandskämpfer und einer der populärsten Minister der Ära Kreisky: Die „Glück auf!“ würdigt Leben und Werk des am 4. Jänner 2014 verstorbenen Ehrenvorsitzenden der PRO-GE.

Seite 21

## AUF BESUCH BEI SIEMENS SGP

Sie gehören zu Wien wie Stephansdom und Riesenrad: die Wiener Straßenbahnen. Die „Glück auf!“ sah sich im Siemens-Werk in Wien-Simmering an, wie die Garnituren der neuesten Generation gebaut werden.

Seite 16

## EU-WAHLEN 2014

In welche Richtung steuert Europa? Im Frühjahr haben die BürgerInnen die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, warum die Wahlen zum Europäischen Parlament wichtiger sind als viele meinen.

Seite 19

## IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Barabara Trautendorfer, Robert Wittek. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Karin Prokop, Wolfgang Purer, René Schindler, Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Johannes Loschek, Fotolia, Gastein Tourismus, Lisa Lux, OEGB Archiv, P. Korp. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 21. Februar 2014.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: [www.glueckauf.at/offenlegung](http://www.glueckauf.at/offenlegung)

## Zahl des Monats

# 1,25 Billionen Euro

So hoch ist laut Studie der Johannes Kepler Universität im Auftrag der Arbeiterkammer das private Nettovermögen der ÖsterreicherInnen. Die reichsten 86.000 ÖsterreicherInnen besitzen etwa 37 Prozent des Gesamtvermögens. Zwischen 2,2 und 5,4 Milliarden Euro würde die Einführung einer Millionärssteuer bringen. AK-Präsident Rudolf Kaske hält durch diese Mehreinnahmen eine Lohnsteuersenkung für kleinere und mittlere Einkommen für machbar.

## KURZ NOTIERT

### Pensionsantrittsalter 2013 leicht gestiegen

Das Pensionsantrittsalter ist im Vorjahr auf 58,5 Jahre gestiegen. Dies bedeutet ein längeres Arbeiten von rund sechs Wochen. Gewirkt haben scheinbar auch die Programme des Sozialministeriums wie fit2work oder Gesundheitsstraße, denn 2013 gingen die Anträge auf Invaliditätspension stark zurück. Dafür gab es eine verstärkte Nachfrage nach der Hacklerregelung. Mehr zu den neuen Pensionsregelungen siehe Seite 6.

### Swarovski lagert Teile ins Ausland aus

Wie die APA berichtet, will der Tiroler Glaskristallhersteller mit Stammsitz in Wattens einen Teil seiner Produktion nach Serbien auslagern. Bis zu 200 Arbeitsplätze sollen von dieser Restrukturierung betroffen sein.

### EU-Studie warnt: Armut trotz Arbeit

Schlecht bezahlte Teilzeitstellen und Minijobs gefährden den Lebensstandard in Europa. Trotz geregelter Arbeit wächst die Zahl der Betroffenen, die nur mehr das Nötigste zum Leben haben. Zu diesem Schluss kommt der jährliche Sozialbericht, dessen aktuelle Fassung die EU-Kommission Ende Jänner veröffentlicht hat. EU-Sozialkommissar László Andor fordert mehr Augenmerk für qualifizierte Arbeitsplätze. Nur damit könne ein nachhaltiger Aufschwung erreicht werden, der nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Armut verringert.

### ILO: 202 Millionen Menschen weltweit ohne Job

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) kritisiert in ihrem Jahresbericht: 2013 seien weltweit rund 202 Millionen Menschen ohne Arbeit gewesen. Das ist ein Zuwachs von rund fünf Millionen Arbeitslosen im Vergleich zum Jahr davor. Vor allem Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren seien besonders stark von dem Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen.



### Proteste von TextilarbeiterInnen in Kambodscha gewaltsam niedergeschlagen

Clean Clothes Kampagne meldet: Polizei und Militär eröffneten Anfang Jänner 2014 das Feuer auf demonstrierende ArbeiterInnen in der Hauptstadt Phnom Penh. Schon in den Tagen zuvor gingen Hunderttausende ArbeiterInnen für gerechte Löhne in der Bekleidungsindustrie auf die Straße und brachten damit die Industrie zum Stillstand. Bei den Protesten wurden mindestens vier Menschen getötet, fast 40 Menschen verletzt und zahlreiche Demonstranten festgenommen. Unter ihnen befanden sich auch führende GewerkschaftsvertreterInnen.



Rainer Wimmer,  
Bundesvorsitzender der PRO-GE

## KAMPF UM ARBEITSPLÄTZE

Das Wirtschaftswachstum wird 2014 wieder anziehen, die Arbeitslosigkeit bleibt aber leider auf einem sehr hohen Niveau. Zwar jagt die Beschäftigung von einem Rekord zum nächsten, aber mit weit mehr als 400.000 hat die Zahl der Menschen ohne Arbeit einen negativen Höchststand erreicht. Daher muss die Schaffung von Arbeitsplätzen noch mehr ins Zentrum der Politik rücken.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist jetzt gefragt. Die Regierung unter Bundeskanzler Faymann setzt wichtige Schritte unter anderem mit dem Vorziehen von Infrastrukturmaßnahmen, der Ausbildungspflicht für Jugendliche oder den 350 Millionen Euro speziell für ältere ArbeitnehmerInnen. Damit sind wir Vorreiter in Europa und die Gewerkschaften treten dafür ein, dass dies auch so bleibt. Zustände wie in Griechenland oder Spanien darf es hierzulande nicht geben.

Die Globalisierung und der technologische Wandel werden den Arbeitsmarkt weiter massiv durcheinander wirbeln. Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind vor allem ältere Menschen, die ab 50 aus den Betrieben herausgedrängt werden, und ArbeitnehmerInnen mit geringen Qualifikationen. Als ersten Schritt wird das vorgesehene Bonus-Malus-System dazu beitragen, dass ältere Menschen in Beschäftigung bleiben. Schlechter schaut es für all jene aus, die keine Ausbildung oder nur geringe Qualifikationen besitzen. Wir brauchen daher so rasch wie möglich eine Schulreform. Und wir fordern mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Betriebe müssen mehr in die Pflicht genommen werden, damit genügend Lehrstellen angeboten werden und Jugendliche eine Perspektive haben.

Wir wollen eine spürbare Entlastung der Einkommen durch Senkung des Eingangssteuersatzes, um die Kaufkraft zu stärken. Zusammen mit einer Millionärssteuer hat diese Steuerreform für die Gewerkschaften Priorität: Denn das gesamte Nettovermögen Privater liegt laut einer aktuellen Studie der Universität Linz bei rund 1,25 Billionen Euro. Der Anteil des reichsten Prozents am Gesamtvermögen liegt bei 37 Prozent. Damit ist der Spielraum für eine Lohnsteuersenkung gegeben. Bis zu 5,4 Mrd. Euro würde eine Millionärssteuer bringen und nur die reichsten fünf Prozent müssten zahlen.

Die Auftragseingänge werden mehr und die Unternehmen profitieren vom Anziehen der Konjunktur. Das Ende der Krise wird bei den Menschen allerdings erst eintreten, wenn sie einen guten, existenzsichernden Arbeitsplatz haben. Dafür wird sich die PRO-GE mit ganzer Kraft einsetzen.

Glück auf!  
Rainer Wimmer



**2014**



27. Jänner bis 19. Mai  
2014: AK-Wahlen



März, April, Mai: Frühjahrslohnrunde  
(Elektro- und Elektronikindustrie, chemische Industrie,  
Textilindustrie, Papierindustrie, Glashüttenindustrie,  
Glasbe- und verarbeitung)



25. Mai 2014:  
EU-Wahl

# Was bringt 2014

Ein erschwerter Gang in die Frühpension, die Ausweitung der Einkommensberichte, eine neue Koalitionsvereinbarung, den Weiterbildungsfonds für LeiharbeiterInnen oder Arbeiterkammer- und EU-Wahlen: Das neue Jahr bringt für die ArbeitnehmerInnen viele Neuerungen.



12. und 13. Juni 2014:  
IndustriALL-Konferenz zur  
Kollektivvertragspolitik, Wien



Ende Juni 2014:  
Voraussichtlicher Abschluss  
der Arbeitszeit-Gespräche mit  
den Arbeitgebern



September 2014: Herbstlohnrunde  
(Metallindustrie, Metallgewerbe,  
Arbeitskräfteüberlassung)



19. November 2014:  
EFFAT-Frauenkonferenz, Wien  
20. und 21. November 2014:  
EFFAT-Kongress, Wien

## Pensionen

Bei der Hacklerregelung wird das früheste Antrittsalter für Männer von 60 auf 62 Jahre hinaufgesetzt. Frauen der Jahrgänge 1959, 1960 und 1961 werden erst mit 57, 58 bzw. 59 Jahren in die „Hacklerpension“ gehen können. Pro Jahr Frühpension werden Abschläge von 4,2 Prozent eingeführt. Es gelten nur noch echte Beitragsjahre, nachgekaufte Schul- und Hochschulzeiten werden nicht mehr angerechnet.

Mit der Korridor pension können Männer nach wie vor ab 62 in Pension gehen, allerdings sind seit Jänner dafür mehr Versicherungsjahre nötig: 38,5 Jahre. Bis 2017 steigt diese Zahl in Halbjahresschritten auf 40.

Die Pensionserhöhung wurde, entsprechend dem „Sparpaket“-Beschluss von 2012, mit 1,6 Prozent (0,8 Prozent unter der Inflationsrate) festgelegt.

Für alle in der gesetzlichen Pensionsversicherung Versicherten, die ab 1. Jänner 1955 geboren sind, ist ein Pensionskonto eingerichtet. Auf dem Konto werden die eingezahlten Beiträge, Beitragsgrundlagen sowie vor allem die erworbenen Ansprüche ausgewiesen.

## Regeln für PendlerInnen

Das neue Jahr bringt für PendlerInnen eine genauere Kilometerabrechnung und die Neudefinition einiger Förderungsvoraussetzungen. Änderungen: Bis 60 Minuten ist ein öffentliches Verkehrsmittel zumutbar (bisher 90 Minuten), bei über zwei Stunden Wegzeit sind Öffis generell unzumutbar (bisher 2,5 Stunden).

## Arbeitskräfteüberlassung – Gleichstellung bei der Betriebspension

Überlassene Arbeitskräfte werden bei der betrieblichen Altersvorsorge mit den Stammarbeitskräften des Beschäftigterbetriebes gleichgestellt. Beschäftigte, die für mehr als vier Jahre an einen Beschäftigterbetrieb überlassen werden, der seine StammarbeitnehmerInnen in eine Pensionskassenzusage oder eine betriebliche Kollektivversicherung im Sinne des Betriebspensionsgesetzes einbezogen hat, haben mit dem Beginn des fünften Jahres Anspruch auf eine Beitragsleistung/Prämienleistung in die Pensionskasse/die betriebliche Kollektivversicherung.

## Pflegekarenz/Pflegezeit

Um die Pflege von Angehörigen besser organisieren zu können, gibt es seit 1. Jänner die Möglichkeit, bis zu drei Monate in Pflegekarenz oder Pflegezeit zu gehen. Allerdings braucht es dazu die Zustimmung des Arbeitgebers. Voraussetzung dafür ist mindestens die Pflegestufe 3 (bzw. Pflegestufe 1 bei minderjährigen oder an Demenz erkrankten nahen Angehörigen).

Während dieser Zeit bestehen ein Motivkündigungsschutz, ein Rechtsanspruch auf das Pflegekarenzgeld (in der Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes, bei Pflegezeit aliquot) und eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung (beitragsfreie Kranken- und Pensionsversicherung).

## Lehrlingsentschädigung

Die Lehrlingsentschädigung für Jugendliche bis 18 Jahre in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen steigt auf 9,80 Euro pro Tag, über 18-Jährige erhalten 22,65 Euro.

## Informationspflicht

Auch erkrankte ArbeitnehmerInnen sind nun finanziell besser abgesichert. Krankenversicherungsträger müssen künftig Beschäftigte im Krankenstand sechs Wochen vor Ablauf der Höchstdauer des Krankengeldanspruchs über den bevorstehenden Wegfall informieren. Beantragt die/der Versicherte in der Folge eine Leistung aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit (Pension), müssen die Pensionsversicherungsträger künftig alle Vorkehrungen treffen, damit die erforderlichen Begutachtungen innerhalb von sechs Wochen abgeschlossen werden können. So können mögliche Leistungslücken vermieden werden.

## Entgeltfortzahlung im Katastrophenfall

Nach dem Jahrhunderthochwasser im Sommer 2013 gibt es nun auch eine erfreuliche Neuregelung für ArbeiterInnen in Katastrophenfällen. Während bei Angestellten der Entgeltfortzahlungsanspruch beim Ausfall in der Arbeit gesetzlich fix geregelt ist, gab es bisher bei den Arbeiterinnen und Arbeitern abweichende Regelungen. Bei Dienstverhinderung aufgrund persönlicher Betroffenheit haben ab 1. Jänner 2014 auch sie gesetzlichen Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Damit wurde eine PRO-GE Forderung auf Gleichstellung umgesetzt.

## Neue Sozialwerte

### Höchstbeitragsgrundlage:

- täglich: 151 Euro
- monatlich: 4.530 Euro
- jährlich für Sonderzahlungen: 9.060 Euro

### Geringfügigkeitsgrenze:

- täglich: 30,35 Euro
- monatlich: 395,31 Euro

### Rezeptgebühr:

- 5,40 Euro pro Medikament

### Ausgleichszulagenrichtsatz:

- für Alleinstehende: monatl. 857,73 Euro
- wenn Ehegatte/Ehegattin im selben Haushalt lebt: monatlich 1.286,03 Euro

## AK-Wahl 2014 – Warum soll ich wählen gehen?

2014 ist es wieder so weit: In ganz Österreich finden die Wahlen zu den Vollversammlungen der Arbeiterkammern, der gesetzlichen Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, statt. Automatisch wahlberechtigt sind Angestellte, ArbeiterInnen und freie DienstnehmerInnen. Arbeitslose, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Präsenz- und Zivildienstler sowie Lehrlinge können sich per Antrag in die Wählerliste eintragen lassen. 2009 wurde die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen stimmenstärkste Fraktion. Mit deiner Teilnahme an der AK-Wahl bestimmst du den politischen Kurs deiner Interessenvertretung für die nächsten fünf Jahre.



### Änderungen beim Kinderbetreuungsgeld

Seit 1. Jänner 2014 haben Eltern die Möglichkeit, ihre gewählte Kinderbetreuungsgeldvariante innerhalb von 14 Tagen ab Antragstellung (dabei ist das Datum des tatsächlichen Einlangens entscheidend) beim Krankenversicherungsträger einmal zu ändern. Wichtige Info für berufstätige Eltern: Die Zuverdienstgrenze beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld und bei der Beihilfe zum pauschalen Kinderbetreuungsgeld erhöht sich auf 6.400 Euro pro Kalenderjahr.

Bundesland	Wahltermine
Vorarlberg	27.01.–06.02.2014
Salzburg	27.01.–07.02.2014
Tirol	27.01.–07.02.2014
Kärnten	03.03.–12.03.2014
Wien	11.03.–24.03.2014
Oberösterreich	18.03.–31.03.2014
Steiermark	27.03.–09.04.2014
Burgenland	31.03.–09.04.2014
Niederösterreich	06.05.–19.05.2014



### Arbeitsmarktöffnung für Rumänen und Bulgaren

Seit 1. Jänner haben auch ArbeitnehmerInnen aus Rumänien und Bulgarien freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Ein Ansturm von Arbeitskräften aus den beiden Ländern wird nicht erwartet. Das Sozial- und das Wirtschaftsministerium in Wien rechnen mit einem Zuzug von rund 5.500 Menschen jährlich. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Arbeitslosenquote dadurch um nur 0,03 Prozentpunkte steigen wird.

### Europäische Weichenstellung am 25. Mai 2014

Noch eine Wahl steht 2014 an: Ende Mai werden die Weichen für ein neues Europa gestellt. Über 390 Millionen EU-BürgerInnen wählen dann insgesamt 751 Abgeordnete für die nächsten fünf Jahre ins Europäische Parlament. Österreich wird 18 Abgeordnete entsenden. Die Bedeutung des EU-Parlaments wird immer größer, die Entscheidungen haben direkten Einfluss auf unser Leben. Am 25. Mai können aber wir entscheiden, in welche Richtung es gehen soll. Mehr zur EU-Wahl auf Seite 19.

Koalitionsvereinbarung

# Ein Papier auf dem Prüfstand

**In den Medien wurde viel über die Koalitionsvereinbarung von SPÖ und ÖVP geschimpft. Eine Analyse jener Punkte, welche speziell die ArbeitnehmerInnen betreffen, zeigt, dass das Papier sehr viele positive Vorhaben beinhaltet.**

## PLUS

### Gleichstellung ArbeiterInnen und Angestellte einen Schritt weiter

Endlich gibt es wieder einen Schritt hin zur Gleichstellung im Arbeitsrecht für ArbeiterInnen und Angestellte. Bislang war die Entgeltfortzahlung bei Erkrankung und Arbeitsunfall für ArbeiterInnen und Angestellte unterschiedlich geregelt. Im Sinne einer einfacheren und transparenteren Regelung soll es nun eine Angleichung geben, was eine Verbesserung für die ArbeiterInnen (aber auch für die Angestellten) bedeutet.

Zudem bleibt künftig für ArbeitnehmerInnen auch bei einvernehmlicher Auflösung die Entgeltfortzahlung im Krankenstand über das Ende des Dienstverhältnisses hinaus erhalten (gilt bis jetzt nur bei einer Kündigung durch den Arbeitgeber). Damit können die derzeit häufige Praxis von einvernehmlichen Auflösungen im Krankenstand und damit einhergehende Einkommenseinbußen endlich beseitigt werden. Ebenso sollen ArbeitnehmerInnen, die während eines Zeitausgleichs erkranken, ihre Gutstunden nicht mehr verlieren.

### Erhöhter Urlaub

Es wird ein Paket zum Urlaubsrecht geschnürt, das die bessere Anrechnung von Vordienstzeiten vorsieht. Dadurch soll es leichter werden, die sechste Urlaubswoche zu erreichen.

### Bonus-Malus-System für Beschäftigung älterer Personen

Arbeitgeber sollen eine Bonuszahlung erhalten, wenn sie arbeitslose Personen einstellen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben. Für Betriebe ab 25 MitarbeiterInnen soll eine Beschäftigungsquote für ältere ArbeitnehmerInnen festgelegt werden. 2014 sollen die Unternehmen über ihren aktuellen Älterenanteil und über den bis 2016 zu erreichenden Zielwert informiert werden.

### Keine Anhebung des Frauenpensionsalters

Die Anhebung des Pensionsantrittsalters, insbesondere das für Frauen, konnte ebenso verhindert werden wie ein Pensionsautomatismus.

### Leistungen für Familien und Kinderbetreuung

Der Bund stellt bis 2017 insgesamt 350 Millionen Euro als Anschubfinanzierung für die Kinderbetreuung zur Verfügung: Ausbau der Kinderbetreuung unter drei Jahren, Schaffung eines bundesweiten Qualitätsrahmens, qualitative Aufwertung der Tageselternbetreuung sowie der Sprachförderung. Das pauschale Kinderbetreuungsgeld soll zu einem flexibel nutzbaren Kinderbetreuungsgeldkonto weiterentwickelt werden.

### Erfüllte Forderungen aus dem Steuerbereich

Im Koalitionspapier stehen außerdem langjährige Forderungen des ÖGB aus dem Steuerbereich, nämlich die Senkung des Eingangsteuersatzes in Richtung 25 Prozent, die Abschaffung der Absetzbarkeit für Managerbezüge über 500.000 Euro, die Erhöhung des Freibetrages für AN-Kapitalbeteiligung von 1.460 auf 3.000 Euro, die Einschränkung der Gruppenbesteuerung sowie die Einschränkung des Steuerbetrugs.

## MINUS

### Fehlende Bildungsreform

Beim Thema Bildung ist zu bemängeln, dass die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen in der Vereinbarung nicht mehr vorkommt. Auch hier werden wir uns weiter anstrengen müssen, um eine Umsetzung zu erreichen.

### Rekord-Arbeitslosigkeit: Was tun?

Neben Infrastrukturmaßnahmen kommt der Einsatz von rund 350 Millionen Euro für ältere ArbeitnehmerInnen. Erste richtige Schritte, aber das wird nicht ausreichen: Die hohen Arbeitslosigkeit wird noch mehr Maßnahmen erfordern.

### Fehlende Steuerreform

Das Fehlen einer umfassenden Steuerreform und damit einer deutlichen Entlastung von Arbeitseinkommen bleibt ein Kritikpunkt. Es ist zwar geplant, den Eingangsteuersatz zu senken, was auch dringend notwendig ist, weitere Schritte sind jedoch nicht enthalten. Damit mehr Netto vom Brutto bleibt, ist es notwendig, weiterhin auf eine große Steuerreform zu pochen.

# Transparenz für mehr Gerechtigkeit

**Seit** 2011 müssen Unternehmen Einkommensberichte erstellen. Mit 31. März 2014 müssen sie auch alle Firmen mit mehr als 150 Beschäftigten erstellt haben. Darin muss angegeben werden, wie viele Frauen und Männer in einer kollektivvertraglichen Verwendungsgruppe eingestuft sind und wie hoch das arbeitszeitbereinigte Durchschnittseinkommen in der jeweiligen Gruppe ist. Der Bericht ist dem Betriebsrat vorzulegen und kann bei Nichterstellung eingeklagt werden. In Betrieben ohne Betriebsrat steht den einzelnen Beschäftigten ein Informationsrecht zu.

## Drei Jahre Einkommensberichte. Welche Bilanz kann gezogen werden?

**Kludia Friebe:** Eine großteils positive. Die Einkommensberichte werden von den Unternehmen erstellt und in einigen Betrieben hat sich gezeigt, dass es tatsächlich ungerechtfertigte Unterschiede in der Entlohnung von Männern und Frauen gibt.

## Was kann dagegen gemacht werden?

Das ist die Herausforderung, die auf uns und die Betriebsrätinnen und Betriebsräte zukommt. Die Aufgliederung der Entgelte in die einzelnen Einkommenskomponenten ist sehr aufwendig und zeitintensiv, was besonders für nicht freigestellte Betriebsrätinnen und Betriebsräte ein Problem ist. Wir versuchen, die Unterschiede in der Entlohnung gemeinsam mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten aufzuschlüsseln, um he-

**Drei Jahre gibt es nun die Einkommensberichte. Die „Glück auf!“ hat bei der PRO-GE Bundesfrauensekretärin Kludia Friebe nachgefragt, welche Erfahrungen bisher damit gemacht wurden.**

rauszufinden, wo sie ungerechtfertigt sind. Auf solche Ungereimtheiten müssen die Betriebsrätinnen und Betriebsräte dann in den Betrieben hinweisen und weitere Aufklärung verlangen.

## Kommen viele hilfeschuchende Betriebsrätinnen und Betriebsräte zu euch?

Es sind schon einige. Allerdings werden viele von der Firma mit Verweis auf die Verschwiegenheitsverpflichtung massiv unter Druck gesetzt, über den Einkommensbericht ja nicht zu reden. Diese Verschwiegenheitsverpflichtung bezieht sich aber auf die Öffentlichkeit und besteht nicht der Belegschaft gegenüber. Auch die Inanspruchnahme von externer Beratung durch die gesetzliche oder freiwillige Interessenvertretung (Gewerkschaft oder AK) ist erlaubt.

## Es braucht sich also niemand zu scheuen, Hilfe von euch in Anspruch zu nehmen?

Richtig. Viele Betriebsrätinnen und Betriebsräte machen sich auch Vorwürfe, wenn festgestellt wird, dass es Unterschiede in der Entlohnung gibt. Dabei dienen die Einkommensberichte zur Ist-Zustandserhebung, es bedeutet nicht, dass bisher schlechte Arbeit geleistet wurde.

## Fragen zu den Einkommensberichten?

Schreib eine E-Mail an:

[einkommensbericht@proge.at](mailto:einkommensbericht@proge.at)

oder ruf an unter 01/534 44-69040.

Interview

# „Viele Vollzeitbeschäftigte wollen kürzer arbeiten“

**Jörg Flecker, Soziologe an der Universität Wien und FORBA-Vorstandsvorsitzender, spricht im Interview über die österreichische Rekordarbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung als Ausweg und die zukünftigen Herausforderungen einer Gewerkschaft.**

**Glück auf! Die Arbeitswelt unterliegt vielen Veränderungen. Was wird in Zukunft noch alles auf uns zukommen, müssen wir uns fürchten?**

**Jörg Flecker:** Fürchten sollte man sich nicht. Aber 400.000 Arbeitslose, das ist die höchste Arbeitslosigkeit seit 1953, sind sehr wohl ein enormes Problem. Obwohl man nicht damit rechnet, dass die Quote in nächster Zeit sinken wird, merke ich keine große Aufregung. Ich denke, wenn es in der Beschäftigungspolitik nicht rasch Gegenmaßnahmen gibt, kommen massive Schwierigkeiten auf uns zu. Es betrifft nicht nur jene, die arbeitslos sind, sondern auch alle Beschäftigten, da der Druck in den Betrieben noch größer wird.

**» 400.000 Arbeitslose, die höchste Arbeitslosenzahl seit 1953, sind sehr wohl ein Problem. «**

**Sind im Regierungsprogramm zu wenige konkrete Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit enthalten?**

Es finden sich Maßnahmen für das Wirtschaftswachstum, aber um die Arbeitslosigkeit rein durch Wachstum zu senken, bräuchten wir Raten von über vier Prozent. Und die wird es in den nächsten zehn Jahren wohl nicht geben. Es ist also unseriös, zu sagen: Wir kurbeln die Beschäftigung durch Wachstumsmaßnahmen an.

**Wie könnte man Beschäftigung also ohne Wachstum schaffen?**

Man muss von der Sparpolitik abgehen und auch im öffentlichen Bereich wieder Beschäftigung schaffen. Die Arbeit muss besser verteilt werden. Wir haben die Tendenz, dass jene, die beschäftigt sind, nicht nur sehr intensiv, sondern auch sehr lange arbeiten.

Viele wollen kürzer arbeiten, was eine Erhebung der Statistik Austria zeigt. Danach wollen 28 Prozent der vollzeitbeschäftigten Männer kürzer arbeiten – und das im Durchschnitt um elf Stunden! Die Belastungen haben zugenommen und mit der Ausdehnung der Arbeitszeit wird das noch schlimmer. Das ist ein vollkommen verrückter Zustand: Die einen arbeiten sich krank, die anderen werden krank, weil sie arbeitslos sind, und man verteilt die Arbeit nicht um. Da sind auch die Gewerkschaften gefordert, bei der Arbeitszeitverkürzung viel hartnäckiger zu sein.

**Was sagen Sie zum Argument, dass in Zeiten der Krise eine Arbeitszeitverkürzung zu teuer sei?**

Das Modell der Kurzarbeit wurde auch in der Krise angewandt, und das sehr erfolgreich. Jetzt haben wir auch eine Krise – nämlich die hohe Arbeitslosigkeit. Da stellt sich schon die Frage: Warum macht man jetzt keine Kurzarbeit?



Dr. Jörg Flecker ist seit knapp einem Jahr Universitätsprofessor am Institut für Soziologie der Universität Wien. Davor war er wissenschaftlicher Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), wo er nun Vorstandsvorsitzender ist.

### Die Arbeitgeber fordern immer wieder mehr Flexibilisierung. Wie beurteilen Sie diese Forderung?

Hier geht es in Wirklichkeit um den Versuch, die Lohnkosten zu senken. Die Flexibilität in Österreich ist ja hoch, aber natürlich hat sie ihren Preis.

» Es ist unseriös, zu sagen: Wir kurbeln die Beschäftigung durch Wachstumsmaßnahmen an. «

### Das heißt, Sie sehen den Arbeitsmarkt als flexibel genug?

Im internationalen Vergleich, ja. Denn Flexibilität heißt: Wie stark ist der Beschäftigungsschutz, wie leicht sind Kündigungen. Und da liegt Österreich im Mittelfeld. Kündigungen sind in Österreich nicht besonders schwer oder teuer. Was die Flexibilität bei der Arbeitszeit angeht, hat man in Österreich zu wenig Überblick. Die Regelungen gelten ja oft nur in einzelnen Branchen oder Betrieben. Es soll dazu aber bald eine Studie geben.

### Die Regierung will die Menschen länger in Beschäftigung halten. Ein Bonus-Malus-System soll dazu beitragen. Halten Sie das für ausreichend?

Es ist sicher ein richtiger Schritt, denn so werden Anreize geschaffen, um ältere ArbeitnehmerInnen weiter zu beschäftigen oder einzustellen. Allerdings muss man erst abwarten, ob der Bonus oder die Strafen Anreiz genug sind, um wirksam zu sein. Auf der anderen Seite darf auch nicht vergessen werden, dass die Leute gesund bleiben müssen, um überhaupt so lange arbeiten zu können.

### Was kann man da machen – besonders in Berufen, von denen man weiß, dass sie nicht so lange ausgeführt werden können?

Man muss die Arbeit so gestalten, dass man

sie bis 65 leisten kann. Da spielt die kürzere Arbeitszeit eine Rolle, aber auch durch Veränderungen der Arbeitsplätze, durch regelmäßigen Arbeitsplatzwechsel oder durch Mischarbeit kann man in denjenigen Berufen Abwechslung schaffen, von denen man weiß, dass sie auf Dauer nicht gesund sind. In solchen Berufen brauchen die Leute Unterstützung, Beratung und Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir entwickeln gerade eine „Berufswanderkarte“, die diesen Menschen ihre Alternativen am Arbeitsmarkt aufzeigt, anstatt sie mit ihren Sorgen allein zu lassen.

### Was sind in Zukunft die großen Herausforderungen für eine Gewerkschaft?

Ich denke, das sind die Themen Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Gesundheitssicherung. Und natürlich die Verteilungsfrage, da ja die größere Ungleichheit zu den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen geführt hat.



Sozial- und Weiterbildungsfonds für LeiharbeiterInnen

# Stehzeiten zum Vorteil nutzen

**Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch bessere Ausbildung. Der Sozial- und Weiterbildungsfonds unterstützt LeiharbeiterInnen ab sofort dabei.**

**Fachkräfteausbildung nachholen!** Ein besonders starkes Angebot hält der SWF mit der Förderung der FacharbeiterInnenausbildung bereit. Angelernte ArbeiterInnen und jene, die eine Lehre abgebrochen haben, können ihren Lehrabschluss nachholen, ohne sich über Einkommensverluste zu sorgen. Der Fonds unterstützt zusätzlich zum Fachkräftestipendium während der Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung in finanzieller Hinsicht. Dies bedeutet: verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt und eine höhere Einstufung beim nächsten Job. 100 LeiharbeiterInnen sollen 2014 dadurch die Lehrabschlussprüfung ablegen, lautet das ehrgeizige Ziel. „Damit würde die Zeitarbeitsbranche ein bemerkenswert positives Zeichen setzen“, stellt Schleinbach fest.

#### LINKTIPP:

Das Informationsportal für LeiharbeiterInnen:  
[www.leiharbeiter.at](http://www.leiharbeiter.at)

**Mit** dem Ende einer Überlassung stehen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern oft schwere Zeiten bevor. Kommt nicht bald ein neuer Einsatz zustande, droht trotz des Anspruchs auf Bezahlung auch während der sogenannten Stehzeiten schnell einmal die Arbeitslosigkeit. Als Gegenmaßnahme hat die PRO-GE im Vorjahr die Einrichtung eines Sozial- und Weiterbildungsfonds für LeiharbeiterInnen (SWF) erreicht. „Damit werden überlassene Arbeitskräfte bei der Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt unterstützt, sowie Arbeitskräfteüberlasser, die Beschäftigte auch in Stehzeiten behalten“, erläutert Peter Schleinbach, PRO-GE Bundessekretär und Gewerkschaftsvertreter im SWF. LeiharbeiterInnen, die dennoch arbeitslos werden, erhalten außerdem eine einmalige Unterstützung zur Minderung des plötzlichen Einkommensverlustes.

**Weiterbeschäftigung und Weiterbildung.** Gefördert werden Weiterbildungsmaßnahmen, die berufliche Fähigkeiten von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern verbessern. Bleibt das Arbeitsverhältnis während der Weiterbildung aufrecht, erhält die Leiharbeitsfirma alle Aufwendungen dafür vom SWF rückerstattet, unter bestimmten Voraussetzungen auch einen Großteil der Lohnkosten. Aber auch LeiharbeiterInnen selbst können direkt um Unterstützung für Weiterbildung ansuchen.

#### Gewerkschaftliche Soforthilfe

LeiharbeiterInnen erhalten bei Auflösung des Arbeitsvertrages vom Sozial- und Weiterbildungsfonds eine einmalige Unterstützung von 200 Euro, wenn nicht binnen einer Woche ein neuer Arbeitsplatz gefunden wird. Voraussetzung ist eine vorhergehende ununterbrochene Beschäftigung von mindestens vier Monaten als LeiharbeiterIn.

PRO-GE Mitglieder erhalten diesen Betrag als Gewerkschaftliche Soforthilfe sofort vorge-streckt. Bei dieser Gelegenheit kann auch überprüft werden, ob aus dem beendeten Arbeitsverhältnis noch offene Ansprüche bestehen. Wer bereits seit mindestens zwei Jahren Gewerkschaftsmitglied ist und den vollen Mitgliedsbeitrag geleistet hat, dem steht zudem eine zusätzliche Unterstützung aus dem ÖGB-Sicherheitspaket zu.

In Anspruch genommen werden kann die Gewerkschaftliche Soforthilfe in allen Landes-, Regional- und Bezirkssekretariaten der PRO-GE (Kontaktadressen unter [www.proge.at/kontakt](http://www.proge.at/kontakt)). Bitte Lohnabrechnungen, Dienstzettel/Arbeitsvertrag, Überlassungsmitteilung, An- und Abmeldung der Gebietskrankenkasse mitbringen.

**Weiterhin gilt: Vorsicht bei „einvernehmlichen Auflösungen“ des Leiharbeitsverhältnisses: Nicht unterschreiben, sondern erst einmal bei der PRO-GE informieren!**

## Neu: Finanzamtsbestätigung online

**Der Mitgliedsbeitrag ist von der Steuer absetzbar!** Gewerkschaftsbeiträge sind als Werbungskosten von der Lohnsteuer voll absetzbar. Im Gegensatz zum Großteil der anderen Werbungskosten wirkt sich der Gewerkschaftsbeitrag nicht auf die Werbungskostenpauschale aus, sondern wird zusätzlich abgezogen. Wird der Beitrag bereits bei der Lohnauszahlung einbehalten, wird er automatisch auch bei der Lohnsteuerberechnung berücksichtigt.

Wird der Mitgliedsbeitrag selbst eingezahlt, z. B. per Erlagschein, kann er bei der Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden. Das Finanzamt kann dann eine Bestätigung verlangen. Bisher wurden diese Bestätigungen von der PRO-GE per Post verschickt. Ab sofort können Finanzamtsbestätigungen für jedes Jahr über die PRO-GE Website online erstellt, gespeichert und ausgedruckt werden – und das für fünf Jahre rückwirkend!

Mehr unter [www.proge.at/finanzamtsbestaetigung](http://www.proge.at/finanzamtsbestaetigung)



### AKTUELL

#### PRO-GE Jugend zur Ausbildungspflicht

Die PRO-GE Jugend begrüßt grundsätzlich die von der Regierung beschlossene Ausbildungspflicht bis 18 Jahre. Rund 10.000 Jugendlichen wäre damit geholfen. Als Sanktionen drohen den Eltern Verwaltungsstrafen. Die PRO-GE Jugend unterstützt das Ziel, jedem jungen Menschen mittels qualifizierter Ausbildung Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Dennoch kritisiert die PRO-GE Jugend einige Details in dem Entwurf.



Der Jugendvorsitzende der PRO-GE Sascha Ernszt warnt: „Es ist nicht einzusehen, dass Eltern

bestraft werden sollen, während sich die Betriebe gleichzeitig aus der Ausbildung zurückziehen und die gesellschaftliche Verantwortung abgeben. Die Zahl der betrieblichen Lehrstellen ist seit 2008 um rund 20 Prozent gesunken. Daher ist es wichtig, auch die Betriebe in die Pflicht zu nehmen, um genügend Lehrstellen anzubieten.“ Außerdem befürchtet die PRO-GE Jugend, dass es regional bei der Umsetzung der Ausbildungspflicht vor allem bei der Auswahl der Berufe zu Problemen kommen könnte. Es ist noch nicht geklärt, ob ein Jugendlicher jede Ausbildung oder Lehrstelle auch dann annehmen muss, wenn sie nicht den Neigungen und Wünschen oder kulturellen Hintergründen entspricht.

[www.proge-jugend.at](http://www.proge-jugend.at)

## Topangebote und Ermäßigungen speziell für Mitglieder



Mehr Angebote auf [www.proge.at](http://www.proge.at)

Mit der **PRO-GE Card** erhalten Mitglieder zahlreiche Vergünstigungen und Angebote rund um Auto, Bildung, Gesundheit, Kultur, Urlaub und vieles mehr in ganz Österreich.

Zum Beispiel:

- 10 Prozent Rabatt in der Hervis-Sports-Filiale in Ottakring in 1180 Wien
- 10 Prozent Ermäßigung im Hotel Schwarzbrenn\*\*\*\*<sup>SUP</sup> in 6135 Stans
- 5 Prozent Rabatt bei Felici Piedi in 1180 Wien oder 3400 Korneuburg
- 10 Prozent Rabatt bei Trachtenmode Wernbacher GmbH in 8662 Mitterdorf
- 10-Euro-Gutschein bei Woody Holzschuhe in 9123 St. Primus

## PRO-GE gratuliert.

**Rudolf Sametz**, langjähriger steirischer Landessekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie feierte am 13. Dezember 2013 bei ausgezeichneten Gesundheit seinen 90. Geburtstag. Sametz war bis zur Pensionierung Obmann der Steirischen Gebietskrankenkasse und Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungen.



### BUCHTIPP

#### DIE REUELOSE GESELLSCHAFT

Es existieren Wege zu einer besseren, humaneren Gesellschaft. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Korruption, Betrug und Gewalt, rücksichtsloser Karrierismus und grenzenlose Gier von vielen unhinterfragt akzeptiert werden. Rotraud A. Perner begibt sich auf die Suche nach dem verlorenen Mut zur Verantwortung. Sie analysiert die Ursachen und beschreibt die Wege zu einer besseren, humaneren Gesellschaft.

Residenz, 10/2013, 256 Seiten, 23,50 Euro, ISBN 978-3-7017-3317-0

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21,  
Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

KV-Abschluss

# Mineralöl: Mehr Lohn ab 1. Februar

Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp konnten die Kollektivvertragsverhandlungen 2014 für die rund 4.200 Beschäftigten der Mineralölindustrie am 21. Jänner erfolgreich abschließen.

Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter sowie die Lehrlingsentschädigungen werden um 2,8 Prozent erhöht, die Ist-Löhne und -Gehälter steigen um 2,7 Prozent.

**Verbesserungen auch in Rahmenrecht.** Dauerhaft abgesichert werden konnte die im Vorjahr befristet eingeführte Hitzezulage für Außenarbeiten mit Schutzbekleidung bei über 30 Grad. Diese gilt nun unbefristet und wurde zudem verdoppelt. „Mit dem Ergebnis konnten wir für die Beschäftigten ein ordentliches Plus der realen Einkommen erreichen und einen angemessenen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Branche sichern“, stellt PRO-GE Verhandlungsleiter Manfred Anderle fest.

## Das Ergebnis im Überblick:

### Lohnrechtliche Verbesserungen:

- Erhöhung der KV-Löhne/Gehälter um 2,8 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.783,62 Euro
- Erhöhung der Ist-Löhne/Gehälter um 2,7 Prozent
- Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen um 2,8 Prozent
- Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um 2,35 Prozent
- Erhöhung der Zulagen um 2,8 Prozent

### Rahmenrechtliche Verbesserungen:

- Hitzezulage bei Außentätigkeiten mit persönlicher Schutzausrüstung ab 30 Grad Celsius: Erhöhung auf zehn Prozent und Aufhebung der Befristung
- Vereinbarung von Arbeitsgruppen zu den Themen:
  - Arbeitszeitverkürzung bei belastenden Tätigkeiten
  - Verbesserungen beim Jubiläumsgeld
  - Freizeitoption für künftige KV-Abschlüsse

Geltungstermin: 1. Februar 2014

Laufzeit: zwölf Monate

## AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

### Ab 1. Jänner:

**Arbeitskräfteüberlassung:** KV-Löhne durchschnittlich +2,72 Prozent, neuer Mindestlohn 1.466,42 Euro, Überzahlung des Grundlohnes bleibt aufrecht, Zulagen und Zuschläge +2,1 Prozent, bis zu zwei Tage Bildungsfreistellung für Lehrabschlussprüfung am zweiten Bildungsweg.

**Bekleidungs-gewerbe:** KV-Löhne Lohngruppen unter 7,50 Euro +2,7 Prozent, Lohngruppen über 7,50 Euro +2,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.202,01 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent (+2,2 Prozent Wäschewarenhersteller).

**Chemisches Gewerbe:** KV-Löhne +2,5 bis +2,9 Prozent, neuer Mindestlohn 1.230,10 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent, Zulagen +2,7 Prozent.

**Essig-, Essenzen- und Spirituosen-gewerbe:** KV-Löhne +2,4 Prozent, Aufrundung auf die nächsten 0,50 Euro, neuer Mindestlohn 1.407,00

Euro, Dienstalterszulagen +2,1 Prozent, Begünstigungsklausel für die Aufrechterhaltung der Überzahlung.

**Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie:** KV-Löhne +2,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.497,00 Euro, Überzahlungen bleiben voll aufrecht, Lehrlingsentschädigungen +2,5 Prozent, Dienstalterszulagen +2,5 Prozent, Zehrgelder +2,5 Prozent.

**Fruchtsaftindustrie:** KV-Löhne +2,4 Prozent, neuer Mindestlohn 1.514,29 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,4 Prozent, Dienstalterszulagen +1 Cent pro Stunde, Zehrgelder +2,4 Prozent, Begünstigungsklausel bleibt aufrecht.

**Glasbläser- und Glasinstrumentenerzeugergewerbe:** KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.309,67 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent, Zulagen +2,6 Prozent, Überarbeitung Entgelt bei Arbeitsverhinderung.

KV-Verhandlungen Österreichische Bundesforste

# Zeit für kräftige Lohnerhöhungen

**Die bereits seit Anfang Dezember laufenden Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 1.200 Beschäftigten der Österreichischen Bundesforste sind weiterhin ohne Ergebnis. Auch in der dritten Verhandlung am 20. Jänner legte der Unternehmensvorstand kein zufriedenstellendes Angebot vor.**

**2012** und 2013 waren die besten Geschäftsjahre seit Gründung der Österreichischen Bundesforste vor fast 90 Jahren“, berichtet Josef Reisenbichler, Vorsitzender-Stellvertreter des Zentralbetriebsrates und

Branchenvorsitzender Forstwirtschaft der PRO-GE. „Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit für kräftige Lohnerhöhungen?“ In einer BetriebsrätInnenkonferenz wurde am 15. Jänner die Forderung für die ArbeiterInnen der Bundesforste auf 76,35 Euro festgelegt.

**Gerechtfertigte Forderung.** In der wichtigsten Funktionsgruppe 3/2 würde sich eine Erhöhung von 2,9 Prozent ergeben, mit dem sozialen Aspekt, dass niedrigere Einkommen stärker angehoben werden. Insgesamt läge diese Erhöhung leicht über dem Abschluss der Privatforste. „Angesichts des Rekordergebnisses im abgelaufenen Jahr ist diese Forderung also durchaus gerechtfertigt und nicht aus der Luft gegriffen“, stellt Reisenbichler klar.

**Anerkennung für harten Einsatz.** Forstarbeit verlange höchste fachliche Kompetenz für ein ökologisch sensibles Umfeld und extreme körperliche Anstrengungen bei jedem Wetter. „Das Wissen und die Einsatzbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der Österreichischen Bundesforste“, sagt Reisenbichler. Diese Leistung müsse sich auch in den Lohnerhöhungen angemessen widerspiegeln. „Diese Anerkennung erwarten sich die Bundesforste-Beschäftigten vom Vorstand, und das zu Recht.“

Die nächste Verhandlungsrunde findet am 18. Februar statt. Zuvor werden die BetriebsrätInnen der Bundesforste in einer Konferenz das weitere Vorgehen beraten.

**Kohlensäuregetränkewerbe:** KV-Löhne +2,4 Prozent, neuer Mindestlohn 1.544,98 Euro, Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht, Lehrlingsentschädigungen +2,4 Prozent, Dienstalterszulagen +2,1 Prozent, Zehrgelder und Verkaufsprovisionen +2,4 Prozent, Geltungsbereich: Übertritt der Bundesländer Kärnten und Tirol in den Bundesvertrag, Normalarbeitszeit in Tirol von 40 auf 38,5 Std./Woche reduziert.

**Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlgewerbe:** KV-Löhne durchschnittlich +2,38 Prozent, LK 4 +2,56 Prozent, neuer Mindestlohn (LK 4) 1.500 Euro, Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen im kollektivvertraglichen Ausmaß, Erhöhung der Dienstalterszulage in Höhe der Inflation, Begünstigungsklausel für Aufrechterhaltung der Überzahlung.

**Süßwarenindustrie:** KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.575,94 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent, Erhöhung

der Dienstalterszulage in allen Kategorien (Gesamtabschluss beträgt damit 2,7 Prozent), Begünstigungsklausel für Beibehaltung der Überzahlung, Fortsetzung der Gespräche „altersgerechtes Arbeiten“.

**Teigwarenindustrie:** KV-Löhne durchschnittlich +2,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.300,93 Euro, Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht, überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulagen.

**Textilreinigergewerbe:** KV-Löhne +2,65 Prozent, neuer KV-Mindestlohn 1.176,93 Euro, Aufrechterhaltung der Überzahlung, Lehrlingsentschädigungen +2,65 Prozent, Zulagen, Zuschläge und Prämien +2,65 Prozent, weiterführende Gespräche zum Rahmenrecht.

**Vulkaniseure:** KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.461,55 Euro, Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent, Zulagen +2,6 Prozent.

**Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: [www.lohnruenden.at](http://www.lohnruenden.at)**



Betriebsreportage: Siemens AG

# Tradition aus Simmering

Der großräumige Industriestandort der Siemens AG in Simmering hat enorme Bedeutung für Wien. Rund 700 ArbeiterInnen fertigen hier modernste Straßenbahnen, U-Bahnen, Schienenfahrzeuge und Reisezugwägen auf höchstem technischem Niveau. Stolz ist man unter anderem auch auf den ULF, der in Zusammenarbeit mit der Wiener Bevölkerung entwickelt wurde. ULF steht für Ultra Low Floor. Dieser wurde mit österreichischem Know-how aus Simmering designt und ist damit die Straßenbahn mit der weltweit niedrigsten Einstiegshöhe. Rund 50 Millionen Euro wurden vergangenes Jahr in die Modernisierung des Produktionsstandortes investiert. Siemens ist damit europaweit der erste Hersteller, der Schienenfahrzeuge mithilfe von Robotern lackieren kann.

Großes Augenmerk legt man auch auf die Lehrlingsausbildung. Rund 80 Lehrlinge werden am Standort in technischen Berufen ausgebildet und die Facharbeiterquote bei den Beschäftigten liegt bei über 90 Prozent. Der Betriebsrat kümmert sich auch um die gewerkschaftliche Organisation, denn nur gemeinsam können die Interessen der ArbeitnehmerInnen durchgesetzt werden. Das Team um Franz Schuh setzt auf Weiterbildung aller Betriebsratsmitglieder (siehe Seite 20). Hohes technisches Niveau soll auch in Zukunft dafür sorgen, dass das Siemens Weltkompetenzzentrum in Simmering erhalten bleibt.



Bei den Anschlüssen der Motoren braucht es viel Erfahrung.



Die riesigen „Umsetzer“ bewegen die halbfertigen und tonnenschweren Waggon innerhalb des Werkes zu den verschiedenen Montagebereichen.



Arbeiten unter den Zuggarnituren dürfen nur mit speziellen Schutzkappen erfolgen. Arbeitssicherheit wird groß geschrieben.



Elektrik-Montagearbeiten und Messarbeiten innerhalb eines U-Bahn-Waggon vor der Fertigung.



Für Arbeiten an Decken oder Böden werden diese mit speziellen Vorrichtungen gedreht, um ein arbeitsergonomisches Hantieren zu gewährleisten.



Feuerwehrkommandant Roman Grögler ist stolz auf die älteste Betriebsfeuerwehr Wiens. Seit mehr als 140 Jahren wird auf Brandsicherheit Wert gelegt.



Die Montagearbeiten im Führerstand benötigen besonders viel Aufmerksamkeit. Hier kommt die gesamte Elektrik zusammen.



Das Schweißen von Aluminium ist eine besondere Herausforderung.



Vollautomatische Schweißroboter fertigen die Grundbauteile, die für die spätere Zugfertigung notwendig sind.



Beim Einziehen der Kabel in die Kabelschächte muss stets der Überblick gewahrt werden.



Betriebsratswahl bei Ströck

## Engagiert für Fairness eintreten



Betriebsratsvorsitzender Alexander Trummer

**Ein neu gegründeter Betriebsrat vertritt künftig die Interessen von mehr als 1.300 Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten bei Ströck.**

**Eine** starke Stimme für die Beschäftigten möchte Alexander Trummer, neuer Betriebsratsvorsitzender bei Ströck, gemeinsam mit seiner Stellvertreterin Susanne Stern sein. Ende November wurden beim Wiener Bäcker erstmals Betriebsratswahlen abgehalten. „Das ist auch ein großer Erfolg für die PRO-GE Wien“, stellt Beate Albert, Wiener Landessekretärin der PRO-GE, fest. „Nicht zuletzt, weil die Firmenleitung anfänglich wenig begeistert war. Die Hartnäckigkeit der Gewerkschaften hat sich ausgezahlt.“

**1.300 Beschäftigte, 80 Filialen.** „Von einem kompetenten Ansprechpartner, der die Interessen der Beschäftigten kennt und vertritt,

profitiert der gesamte Betrieb“, berichtet der betreuende PRO-GE Sekretär Karl Smolik. Fast 400 Kilometer haben Smolik und Trummer zurückgelegt, um die Beschäftigten in den 80 Filialen über die Vorteile eines Betriebsrates zu informieren und die Wahl durchzuführen.

**Neue Wege.** PRO-GE und GPA-djp produzierten eigene Info-Folder, um engagierten Ströck-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern Lust auf die Herausforderung Betriebsratskandidatur zu machen. „Wir haben darauf geachtet, möglichst breit aufgestellt zu sein. Jede Abteilung soll spüren, dass bei Gesprächsbedarf jemand da ist“, sagt Alexander Trummer über sein 15-köpfiges Betriebsratsteam der „Liste Fairness“. „Höchste Priorität hat für uns, dass jeder Mitarbeiter Beschwerden, Probleme und Wünsche vorbringen kann und für diese sofort mit den Vorgesetzten eine Lösungsmöglichkeit gesucht wird.“

PRO-GE fordert Perspektive für Standort und Beschäftigte

## KBA-Mödling: Pfeifkonzert für Aufsichtsräte

**Gewerkschaften sowie Betriebsrätinnen und Betriebsräte protestieren zur Erhaltung der Arbeitsplätze eines erfolgreichen Unternehmens.**

**Vor** der KBA-Mödling fand am 24. Jänner vor einer Aufsichtsratssitzung eine Protestveranstaltung gegen den angekündigten massiven Arbeitsplatzabbau statt. Die rund 500 TeilnehmerInnen empfingen die eintreffenden Aufsichtsräte mit einem Pfeifkonzert. „Mutter – lass uns leben“, „460 Kündigungen sind der Anfang vom Ende“ und „Menschen sind keine Maschinen“ stand auf den Transparenten. Denn nach dem Konzept des deutschen Mutterkonzerns sollen ca. 460 der 750 Arbeitsplätze in Mödling und Ternitz gestrichen werden.

„Dieser Arbeitsplatz-Kahlschlag gefährdet den Standort. Betriebsräte und Gewerkschaft fordern eine Perspektive für die KBA-Mödling“, betonte Manfred Anderle, Bundessekretär der PRO-GE. „Wir appellieren weiterhin an den Vorstand, dass es endlich ernsthafte Gespräche über Alternativen zum angekündigten Abbau gibt. Sollte es kein Einlenken geben, sichern die Gewerkschaften den Betriebsräten und der Belegschaft die uneingeschränkte Unterstützung zu.“



Europäische Union – Wahlen 2014

# So fern und doch so nah

**Olivenölkaraffen in Restaurants oder die Krümmung von Gurken – Diskussionen darüber sind Sinnbild für eine regulierungswütige EU und schädigen das Ansehen. Für die EU-Parlamentswahl am 25. Mai wird deswegen auch nur eine geringe Wahlbeteiligung vorausgesagt. Dabei bringen viele Regelungen und Einrichtungen konkrete Vorteile. Drei Beispiele sollen das zeigen.**



Die ehemaligen ArbeitnehmerInnen der Austria Tabak profitierten ebenfalls vom Globalisierungsfonds.

**1. Das soziale Gesicht Europas.** Ein großes Unternehmen schließt oder ein ganzer Wirtschaftszweig einer Region bricht ein – unzählige Jobs gehen verloren. In solchen Fällen bietet der Europäische Globalisierungsfonds (EGF) den Beschäftigten Unterstützung an. 2012 profitierten mehr als 15.700 betroffene ArbeitnehmerInnen in elf Mitgliedsstaaten von individuellen Umschulungen, Weiterbildungs- und anderen Unterstützungsmaßnahmen. Nur ein Beispiel sind die ehemaligen Austria-Tabak-ArbeitnehmerInnen aus Hainburg und der Zentrale, die mit Ende 2011 ihre Arbeit verloren haben. Insgesamt kamen österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern 27 Millionen Euro aus dem Fonds zugute. Durch eine Erweiterung des EGF werden künftig auch LeiharbeiterInnen und befristet Beschäftigte Mittel erhalten. „Mit dem Fonds zeigt sich das soziale Gesicht Europas direkt in den Regionen“, erklärt Evelyn Regner, Europaabgeordnete.

**2. Besserer Schutz von SteuerzahlerInnen.** Eine Bank geht pleite, die SteuerzahlerInnen müssen ihren Kopf hinhalten. In Zukunft sollen sie aber geschont werden, denn Bankensanierungen bzw. -schließungen sollen aus dem Abwicklungsfonds finanziert werden, in den sie selbst einzahlen. Bis 2025 sollen in dem Topf 55 Milliarden Euro liegen. Neben einer Aufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank ist die zweite wichtige Säule der Bankenunion damit auf den Weg gebracht. Außerdem wurde eine bessere Einlagensicherung beschlossen. Guthaben bis zu 100.000 Euro sind danach geschützt.

**3. Ausbildungsgarantie – made in Austria.** Griechenland und Spanien leiden unter einer Jugendarbeitslosenquote von knapp 60 Prozent! Österreich setzte sich deshalb besonders für eine „Jugendgarantie“ ein, durch die arbeitslose Jugendliche binnen vier Monaten einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten sollen. Für Regionen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit höher als 25 Prozent ist, wird es finanzielle Unterstützung geben. Sechs Milliarden Euro werden für die Initiative im Zeitraum 2014 bis 2020 in die Hand genommen. Zusätzliche Mittel werden für duale Ausbildung aufgewendet, auch hier dient Österreich als Vorbild.



Das Modell der österreichischen Ausbildungsgarantie wird nun europaweit angewandt.

Initiativen wie die eben genannten machen ein soziales und solidarisches Europa erst aus, auch wenn Vorschriften wie die zur Gurkenkrümmung – die übrigens bereits 2009 wieder gekippt wurde – mehr mediale Aufmerksamkeit bekommen. Bei den Wahlen hat jeder Bürger und jede Bürgerin die Chance, selbst ein Stück weit zu entscheiden, in welche Richtung sich das Projekt Europa entwickelt.

# Achtung Kamera

Der VAEB ist ein österreichweiter Sozialversicherungsverband für Eisenbahn- und Bergbaubeschäftigte. PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer ist hier im Bild auf der jährlichen Tagung der Pensionistenbetreuer des VAEB am Josefhof zu sehen. Bei der Gesundheitseinrichtung Josefhof handelt es sich um ein Kompetenzzentrum für stationäre Gesundheitsförderung und Prävention.



ReferentInnen-Akademie erfolgreich abgeschlossen. Anfang Dezember erhielten die erfolgreichen PRO-GE Absolventen der ReferentInnen-Akademie (REFAK) ihr Zertifikat in feierlichem Rahmen überreicht. AK-Präsident Rudolf Kaske, ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser und der Leiter der PRO-GE Bildungsabteilung Erich Deingruber gratulierten und der Leiter der PRO-GE Klaus Mayrhofer, Peter Schoberleitner und Christian Zöserl.



Siemens SGP: Weiterbildung für den Betriebsratsvorsitzenden der Siemens SGP – Simmering Franz Schuh ist für den Betriebsratsvorsitzenden der Siemens SGP wichtig. Inzwischen hat der gesamte Betriebsrat zumindest die Grundausbildung der PRO-GE absolviert.

BRAK-Absolventen – wir gratulieren ... Erfolgreich abgeschlossen haben den 11. Lehrgang der Wiener BetriebsrätInnen-Akademie (BRAK) folgende Betriebsräte der PRO-GE: Manfred Hoffmann (Siemens AG), Franz Seidl (Opel Wien GmbH) und Jürgen Dicka (Siemens AG). Erste Gratulantinnen und Gratulanten waren die stv. Bundesvorsitzende Renate Anderl und Bildungssekretär Reinhard Altenhof (im Bild links).

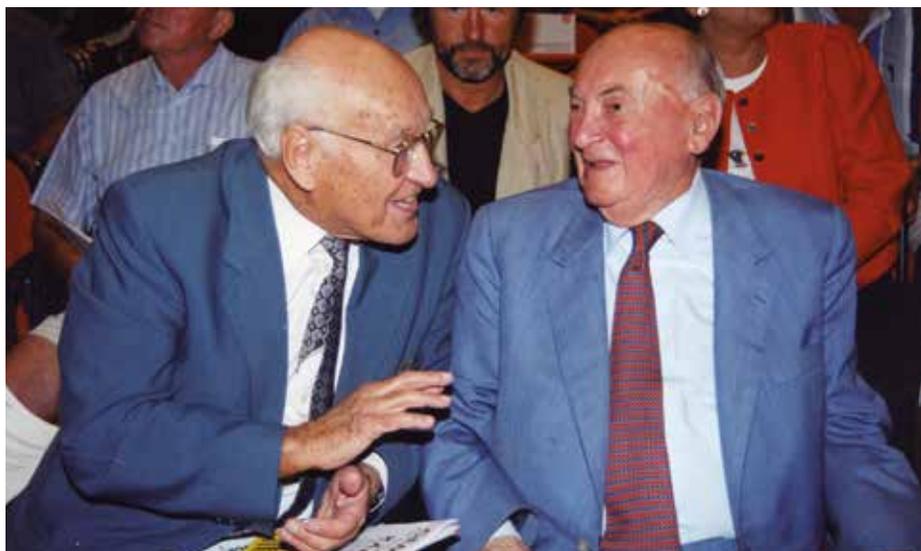


Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Die MitarbeiterInnen der KBA-Mödling protestieren gegen den geplanten Jobabbau.



Würdigung

# PRO-GE trauert um Ehrenvorsitzenden Josef Staribacher



Staribacher (links) mit Anton Benya im Jahr 2000.

**Österreich musste vom populärsten und erfolgreichsten Minister unter Kanzler Kreisky Abschied nehmen. Der Gewerkschaftspionier und frühere Handelsminister Josef Staribacher verstarb am 4. Jänner 2014 im Alter von 93 Jahren. Die Gewerkschaft PRO-GE trauert um den Ehrenvorsitzenden.**

Die Gewerkschaft PRO-GE nimmt Abschied von einem außergewöhnlichen Menschen. Unser Josef Staribacher war Kämpfer und Wegbereiter für die arbeitenden Menschen und blieb seiner politischen Überzeugung auch in schwierigsten Situationen treu. Wir werden unseren ‚Stari‘ nie vergessen“, würdigt PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer den langjährigen Ehrenvorsitzenden.



1972: Staribacher unterzeichnet das EWG-Abkommen in Brüssel.

Josef Staribacher wurde am 28. März 1921 in eine Wiener Arbeiterfamilie geboren. Sein Vater war Kanalaufseher und Straßenbahnschaffner. Wegen seiner Arbeit für die damals verbotene Sozialdemokratische Arbeiterpartei musste er im Jahr 1936 seine Schulausbildung beenden. Er lernte daraufhin den Beruf des Stein- und Offsetdruckers, machte in Abendkursen die Matura und studierte an der Universität Wien. Zur Zeit des Austrofaschismus war er wegen politischer Tätigkeiten eingesperrt und zudem nach dem Anschluss an das Dritte Reich im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert.

Von 1958 an war Staribacher stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter, ab 1960 bis 1989 war er deren Vorsitzender und anschließend Ehrenvorsitzender. Am 9. Mai 2006 erfolgte die Fusion der Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuss mit der Gewerkschaft Metall-Textil zur Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN). Seit diesem Zeitpunkt war Josef Staribacher auch Ehren-

vorsitzender der GMTN und seit 2009 der PRO-GE.

„Happy Pepi“ und „Pickerl-Pepi“ waren neben dem gewerkschaftlichen „Stari“ weitere Spitznamen. Ersteren bekam Staribacher für sein fröhliches Werben für Österreichs Tourismus, zweiteren für den autofreien Tag, den in der Ölkrise in den 70er-Jahren jeder Autofahrer mit Plakette ausweisen musste. Verbunden wird sein Name auch mit dem Ausbau der staatlichen Förderung für Klein- und Mittelbetriebe oder mit dem Beginn der modernen Konsumentenpolitik.

1961 zog er in den Nationalrat ein und 1970 holte ihn Bruno Kreisky in die Regierung. Dort diente er bis 1983 in allen vier Kabinetten Kreiskys. Legendär wurden etwa seine wöchentlichen Pressegespräche – nicht wie früher zu ausgewählten Terminen in Nobelhotels, sondern mit selbst gestrichenen Brötchen und Kaffee im Ministerium.

## STIMMEN AUS DER POLITIK

„Er war ein lebensfroher, optimistischer und naturverbundener Mensch. Österreich hat ihm viel zu verdanken.“

Bundespräsident Heinz Fischer

„Josef Staribacher hat uns durch seine Bescheidenheit, Geradlinigkeit und Unbeugsamkeit ein zu ehrendes Andenken hinterlassen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

„Als Handelsminister war er beteiligt an den Reformen der Kreisky-Ära, setzte erste Schritte zu einer modernen Konsumentenpolitik.“

AK-Präsident Rudolf Kaske

„Mit Josef Staribacher ist ein Pionier der Gewerkschaftsbewegung, ein Demokrat und Antifaschist aus tiefstem Herzen von uns gegangen.“

ÖGB-Präsident Erich Foglar

# März Skitage

## im Hotel **Bad Hofgastein**

VON SONNTAG  
**16. MÄRZ 2014**  
BIS DONNERSTAG  
**20. MÄRZ 2014**



### Leistungen

- ✓ REICHHALTIGES FRÜHSTÜCKSBUFFET
- ✓ ABENDBUFFET ODER WAHLWEISE MITTAGESSEN
- ✓ FREIE BENÜTZUNG VON SAUNA & DAMPFBAD IM HAUS
- ✓ FREIER EINTRITT IN DIE ALPENTHERME GASTEIN (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)
- ✓ 3-TAGES-SKIPASS DER SPORTWELT AMADÉ

Die Therme ist bequem durch einen unterirdischen Verbindungsgang direkt vom Hotel Bad Hofgastein aus im Bademantel erreichbar. Die Gratisbenutzung der Alpentherme Gastein beginnt mit der Entgegennahme des Zimmerschlüssels ab 15.00 Uhr und endet am Abreisetag um 8.00 Uhr.

Irrtum sowie Satz- und Druckfehler vorbehalten!  
Foto: GASTEINERTAL TOURISMUS GMBH  
Stand: November 2013

### Pauschalpreise

4 Nächte / Halbpension:

PRO-GE Erwachsene	€	382,00
ÖGB Erwachsene	€	442,00
Nichtmitglieder Erwachsene	€	532,00

#### Preise pro Person inkl. aller Steuern exkl. Kurtaxe/Ortstaxe

Kinder vor dem 6. Geburtstag logieren frei im Zimmer der Eltern. Aufzahlung Halbpension für Kinder von 4 bis 5 Jahren **€ 10 pro Nacht** (Stichtag ist jeweils der 4. bzw. 6. Geburtstag). Ab dem 18. Geburtstag ist der Preis für Erwachsene zu bezahlen. Aufzahlung für Einzelpersonen im Doppel- bzw. Mehrbettzimmer sowie für Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer **€ 9 pro Nacht**.

**Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH**

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax: (01) 534 44-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

**Reservierung & Information unter Telefon (01) 534 44-69707**

**PRO-GE**  
Urlaub & Seminar GmbH

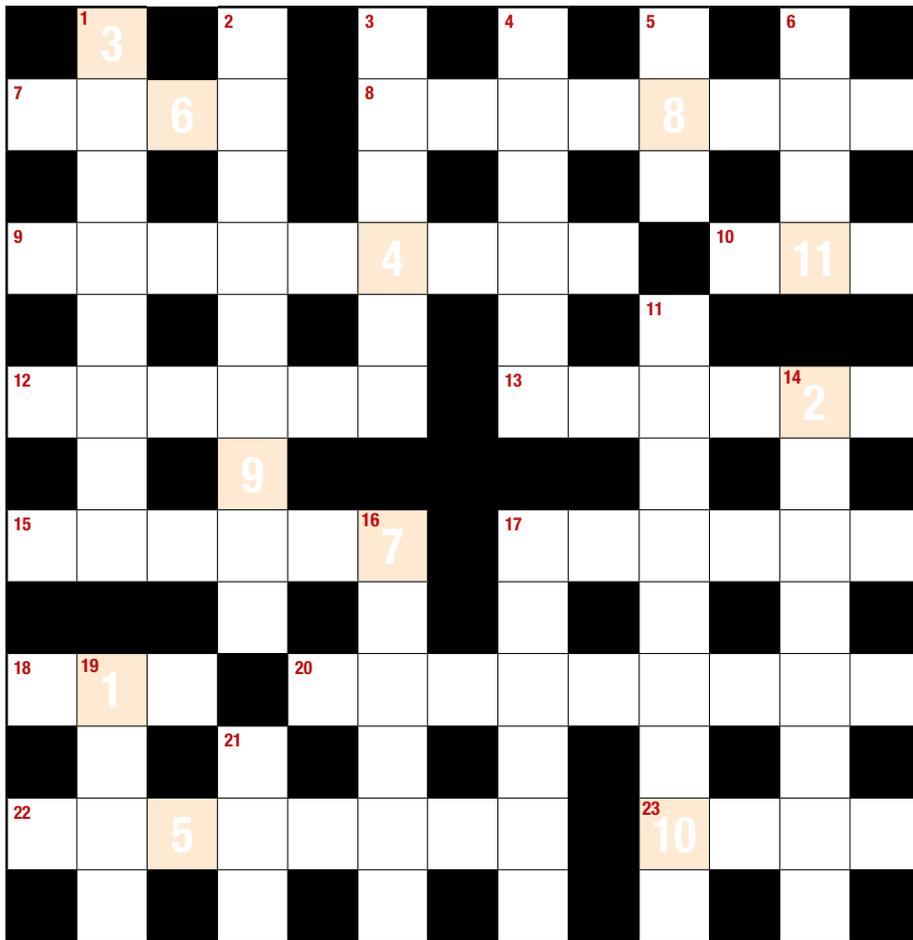
# Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es:

**Ein „Das Spiel des Lebens“**

**HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht mal was anderes – auch bei der Arbeit willkommen!**



Rätsel: Vera Ribarich

**LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: VERSCHENKT**

**Der Gewinner der Ausgabe 5/2013 GLÜCK AUF!**

Christian Eder, 2630 Ternitz; Christine Stipsits, 8131 Mixnitz

Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 21. Februar 2014 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an [glueckauf@proge.at](mailto:glueckauf@proge.at)

## Waagrecht:

- 7 Was so ist, stimmt – ungelogen!
- 8 So heißt's, wenn Mutter-Vater-Kind/ in einem Wort zu nennen sind (Mz.)
- 9 Platte Frage an den Flachmann: Arbeit der Raupe laut Trassenverkehrsordnung?
- 10 Euro-Geld fließt (wie auf S. 19 gekürzt nachzulesen)
- 12 Eine Frucht, die dich mit ihrer Schale wirft
- 13 Wer zwickt da in der Krabbelstube(!)?
- 15 Steht vor dem Koch, wenn es um den süßen Brei gehen soll
- 17 Er wird walweise auch „Flipper“ gerufen
- 18 In welchem Monat wird das 1 senkrecht fürs 11 senkrecht aktuell?
- 20 Wie Herr Eberhartingers Verunsicherung ist – generell(!) gesagt
- 22 Ersehnter Wirtschaftstrend, auf S. 10 Raten(!)weise nachzulesen
- 23 Er ist heutzutage in Brandbetrieb – doch hier verkehrt herum(!) gesetzt

## Senkrecht:

- 1 Das wird 2014 für AK und EU (siehe S. 7)
- 2 Derzeit Burg-König namens Lear, klingt anfangs feuerlich allhier
- 3 In 8 waagrecht oft benötigt: Dafür gibt's Teilzeit oder Karenz (siehe S. 6)
- 4 Bei der Arbeit? Was „Jugend ...“ vereinsmäßig ist (zwei Worte)
- 5 Die Stimmfrage lässt dich im Chor nicht jung aussehen?
- 6 Ob Alban oder Bisam – manchen jedenfalls zu hoch!
- 11 Wie die Sitze dort verteilt werden, haben EU-Bürgerinnen heuer wahlweise zu entscheiden (siehe S. 7)
- 14 Was ein Komplize leisten kann? Sie wird für 8 waagrecht ab Juli aufgebessert! (siehe S. 6)
- 16 Vergisst der Koch die Marinade, schmeckt die Beilage bloß fade (Mz.)
- 17 Was da steht: wie es mit Weltumsegler Vasco namentlich weitergeht (zwei Worte)
- 19 Er stellte sich beim Apfelessen wie der erste Mensch an
- 21 Einer aus dem Vorfahrenbuch – wie ich vermut'



Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_ / / /  
 Straße/Gasse Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür  
 \_\_\_\_\_ /  
 Postleitzahl Ort

Besten Dank

# [www.proge-urlaub.at](http://www.proge-urlaub.at)



Nach den Renovierungen und Neubauten der PRO-GE Urlaubshäuser wurde nun auch der Internetauftritt der Urlaub & Seminar GmbH neu konzipiert.

Macht euch selbst ein Bild und besucht die neue Website auf [www.proge-urlaub.at](http://www.proge-urlaub.at)

